

// HOCHSCHULE UND FORSCHUNG //

GEW Brandenburg • Postfach 60 07 63 • 14407 Potsdam

Potsdam, 16. Dezember 2025

Offene Fragen – zur Absichtserklärung zwischen der Hasso-Plattner-Stiftung und der Universität Potsdam

Am 2. Juni 2025 haben das Land Brandenburg, die Universität Potsdam und die Hasso-Plattner-Foundation (HPF) einen Letter of Intent zur „Weiterentwicklung“ des an die Universität angebundenen Hasso-Plattner-Instituts (HPI) und der gemeinsam betriebenen Digital Engineering Fakultät unterzeichnet. Diese Absichtserklärung sieht weitreichende bauliche, stadtplanerische, hochschul- und finanzpolitische Schritte vor, um das HPI räumlich und kapazitär auszubauen. Die HPF erwirbt den Campus Griebnitzsee und stellt der Universität im Gegenzug die kürzlich privat erworbenen Flächen am Brauhausberg zur Verfügung. Dort soll die Ruine des ehemaligen Landtages saniert und durch mehrere Gebäude erweitert werden, sodass die bisher am Griebnitzsee beheimateten Fakultäten bis 2035 dorthin umgesiedelt werden können. Dadurch wird das HPI am Campus Griebnitzsee expandieren. Es soll mittelfristig „ein führendes Institut für digitale Wissenschaften in Europa werden“. Erträge kommen der Universität zugute, die damit notwendige Investitionen tätigen will.

Die GEW Brandenburg vertritt die Interessen der abhängig Beschäftigten und Studierenden an den Brandenburger Hochschulen. In den vergangenen Jahren haben wir die Expansion des HPI und die zunehmende öffentlich-privatwirtschaftliche Verschränkung der Universität Potsdam und des HPI kritisch beobachtet. Die GEW hat auf ihrem 30. Gewerkschaftstag im Mai 2025 ihr Programm für eine demokratische und emanzipative Hochschule bekräftigt. Vor diesem Hintergrund positionieren wir uns zu dem unterzeichneten Letter of Intent und rufen die Universitätsöffentlichkeit zu einer kritischen Debatte auf.

Ein „Bekenntnis zur Institution ,öffentliche Universität“?

Universitätspräsident Oliver Günther hat die Unterzeichnung der Absichtserklärung in einem Brief an die Mitglieder der Universität als ein „Bekenntnis zur Institution ,öffentliche Universität“ in „politisch schwierigen Zeiten“ gefeiert. Eine Erklärung, wie eine Vertiefung privatwirtschaftlicher, mäzenatischer Investitionen und Einflussnahmen – in Zeiten politischen Drucks auf die Hochschulen durch Kürzungspläne, Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit – langfristig einen Beitrag zur öffentlichen Universität darstellen soll, bleibt der Präsident schuldig. Der Aufbau des HPI als Public-Private-Partnership mit der Universität seit dem Ende der 1990er-Jahre hat die Frage aufgeworfen, wie private und öffentliche Interessen in Einklang gebracht werden. Im Kooperationsvertrag zwischen der HPF und der Universität vom 2. Juni 2017, mit dem die gemeinsame Digital-Engineering-Fakultät geregelt wurde, sind weitgehende Zugeständnisse an die privatwirtschaftlich geführte Stiftung vorgesehen.

Der Erwerb der universitären Liegenschaften am Campus Griebnitzsee durch die HPF, der in der Absichtserklärung avisiert wird, stellt eine bundesweit beispiellose Landnahme privater Geldgeber im universitären Bereich dar. Auch wenn damit notwendige Investitionen in die Universität verbunden sind: eine robuste und wissenschaftlich autonome Universität Potsdam braucht keine privaten Geldgeber. Vielmehr müssen sich die Mitglieder der Universität – von den Professor:innen und den Beschäftigten bis zu den Studierenden – gemeinsam für eine auskömmliche öffentliche Finanzierung stark machen. Notfalls in Form von Arbeitskämpfen und politischen Protesten. Die GEW setzt sich für freie und selbstverwaltete Bildung ein, die auskömmlich öffentlich finanziert wird. Privatisierung von Bildung und die Einflussnahmen machtvoller Milliardäre in die größte Universität des Landes sehen wir kritisch. Die GEW fordert die Einführung einer Vermögenssteuer, nicht zuletzt, um Bildung zu finanzieren, die allen ungeachtet ihrer ökonomischen Lage zugutekommt.

„Höchstmaß an Autonomie“ oder Mitbestimmung der Beschäftigten?

Das MWFK und die Universität haben sich verpflichtet, dem HPI „ein Höchstmaß an Autonomie in akademischen Belangen“ zuzugestehen. Konkret werden schnellere Berufungen, die Einrichtung und Akkreditierung von Studiengängen und die Auswahl von Studierenden genannt. Selbstverständlich verlangsamt die penible Auslegung von Vorschriften – man denke an Befangenheitsregelungen in Berufungen – die universitäre Bürokratie. Gegen Prozessbeschleunigung ist scheinbar wenig einzuwenden. Bisher ist allerdings unklar, wie das erreicht werden soll. Es ist zu befürchten, dass Beschleunigung dieser Prozesse vor allem damit erreicht werden soll, indem betriebliche und studentische Mitbestimmung beschnitten und die Freiheit von Forschung und Lehre in der Selbstverwaltung begrenzt wird. Sollte dies intendiert sein, stellen wir uns entschieden dagegen.

Bereits jetzt untergräbt die Konstruktion des HPI eine gelingende Personalvertretung und Mitbestimmung. Der Kooperationsvertrag vom 20. Januar 2017 sieht eine Vertretung der an der Digital Engineering Fakultät beschäftigten Mitarbeiter*innen vor. Der wissenschaftliche Personalrat der Universität berichtet jedoch, dass diese Vertretung seitens des HPI angezweifelt wird. So erhält der Personalrat regelmäßig weder Informationen über die von ihm vertretenen Beschäftigten am HPI, noch erhält er Zugang zu den Räumlichkeiten des HPI, um die Beschäftigten zu informieren oder mit ihnen persönlich in Kontakt zu treten. Beides fundamentale Rechte von Personalvertretungen. So kann er die Interessen der Beschäftigten nicht vertreten. Aus Sicht des Personalrats bestehen auf Seiten der Universität Potsdam kaum Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Beschäftigungsbedingungen in Lehre und Forschung. Das ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass es sich bei der Digital Engineering Fakultät um eine öffentliche Einrichtung handelt.

Dass am HPI gesetzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht geschätzt werden, ist gut dokumentiert. Nachdem Mitarbeitende 2023 eine Betriebsratswahl angestrebt hatten, setzte die Institutsleitung alles daran, die Wahl eines Betriebsrates zu verhindern. Wie das Investigativportal Correctiv¹ berichtete, hat das HPI 200.000 Euro mutmaßlich eigener Mittel eingesetzt, um eine Kanzlei zu engagieren, die sich auf die juristische Gegenwehr gegen betriebliche Mitbestimmung (sog. „Union Busting“) spezialisiert hat. Beschäftigte wurden unter Druck gesetzt, ein alternativer „Institutsrat“ ohne gesetzliche Mitbestimmungsrechte lanciert und eingeführt sowie eine Mitarbeiterin gekündigt und nach Gerichtsstreit abgefunden. Die damaligen Vorgänge lassen also

nichts Gutes erahnen, wenn die hieran Beteiligten sich nun ein „Höchstmaß an Autonomie“ einräumen lassen wollen.

Wir nehmen die durch MdL Erik Stohn vorgetragene Position der SPD im Rahmem der 104. Sitzung des Landtags zum Antrag „Mitbestimmung absichern - keine Ausnahme für das Hasso-Plattner-Institut!“² ernst, wenn er Hubertus Heil zitiert: „Wer versucht, Betriebsratswahlen zu verhindern, Betriebsräte zu schikanieren oder ihre Arbeit zu behindern, hat mich zu einem entschiedenen Gegner.“ Bei der Ausgestaltung der weiteren Kooperation mit dem HPI muss deshalb deutlich werden, dass demokratische Mitsprache, betriebliche Mitbestimmung, gewerkschaftliche (Selbst-)Vertretung durch die Beschäftigten sowie tarifgebundene Beschäftigung als Wesensmerkmale öffentlicher Einrichtungen für das MWFK nicht zur Disposition stehen. Aus Sicht der GEW wäre es nicht zu akzeptieren, wenn an einer öffentlichen Universität diese Aspekte an den Fakultäten auch zukünftig unterschiedlich gehandhabt werden.

Die abschließende Formulierung, dass die „Optionen zur schnelleren Berufung, Anpassung von Studiengängen und Studierendenauswahl“ auch „anderen herausragenden Forschungsbereichen der Brandenburger Hochschulen zugutekommen“ sollen, lässt Mutmaßungen zu, dass hier landesweite Deregulierungspläne besprochen wurden. Sollen das HPI und die Digital Engineering Fakultät eine Blaupause für die Privatisierung oder Deregulierung von Wissenschaft in Brandenburg sein? Wir fordern die Unterzeichneten zur Konkretisierung und Klärung dieser Absichten auf.

Ein neuer Campus ohne Wohnraum?

Die Absichtserklärung erwähnt Studierende nur als abhängige Größe, die durch ein hochkompetitives „Auswahlverfahren“ Zugang erhalten sollen. Dass Studierende neben ihrem Studienplatz auch Wohnraum brauchen, bleibt unerwähnt. Hier stellen sich einige Fragen. Wie soll der Aufwuchs an Studierenden, der mit der Expansion des HPI verbunden sein wird, in Form von studentischem Wohnraum aufgefangen werden? Auf die bereits über 31.000 Studierenden in Potsdam entfallen nach Angaben des Studierendenwerkes Westbrandenburg gerade einmal 3.176 Wohnheimplätze, was eine Versorgungsrate von gerade einmal 10% ergibt. In vielen privaten Studierendenwohnheimen zahlen Studierende bereits jetzt horrende Mieten. Insgesamt ist Potsdam bereits eine der teuersten – wenn nicht die teuerste – Universitätsstadt Ostdeutschlands.

Die Expansion des HPI am Griebnitzsee und die Bebauung des Brauhausbergs muss also notwendigerweise durch sozialen Wohnungsbau, der Studierenden zugutekommt, flankiert werden. Was passiert mit den studentischen Wohnheimen am Campus Griebnitzsee? Es muss davon ausgegangen werden, dass die HPF auch diese miterwerben wird – so wie in einem Kaufangebot vor zwei Jahren vorgesehen, dass die Universitätsleitung noch abgelehnt hatte. Diese Privatisierung von Wohnheimen wäre inakzeptabel, zumal wenn der Zugang zu diesen Wohnheimplätzen dann exklusiv oder implizit HPI-Studierenden zugestanden werden würde. Dem RBB hat Präsident Günther mitgeteilt³, dass die Umwidmung von Wohnheimplätzen am Griebnitzsee zu einem Gästehaus vorgesehen ist. Die Universität muss sich mit dem Studierendenwerk mit Nachdruck für die Schaffung neuer Wohnheime einsetzen, statt diese Pläne mitzutragen.

Der Campus Griebnitzsee ist zudem ein Zentrum der studentischen Kultur. Bereits jetzt herrscht hier aber ein hierarchisches Nebeneinander. Das HPI verwehrt regelmäßig institutsfremden Studierenden den Zutritt, unterhält exklusive Einrichtungen und es kultiviert in der eigenen Studierendenschaft eine elitäre, exklusive Haltung. Wird der Campus Griebnitzsee nach der Expansion des HPI ein geschlossener Raum, der dem Gros der Potsdamer Studierendenschaft nicht mehr offensteht?

Auf all die hier aufgeworfenen Fragen stehen Antworten aus, ebenso wie eine kritische öffentliche Diskussion der geplanten Veränderungen. Bisher wurde die (Hochschul)Öffentlichkeit durch die Landesregierung, die Hochschulleitung und die Presse informiert. Fragen der Ausgestaltung der geplanten Erweiterung der Kooperation sollten jedoch zwingend auch die Perspektive der Hochschulmitglieder berücksichtigen.

Es ist zu hoffen, dass das Land und die Hochschulleitung die Erfahrungen der letzten Jahre heranziehen, um das hohe Gut öffentlicher Bildung und Forschung deutlicher zu schützen.

¹ <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2024/03/01/hasso-plattner-institut-verhindert-betriebsrat-und-laesst-sich-das-ueber-200-000-euro-kosten/>

² <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/cgi-bin/getfile/97f9dde5c7296ec805aafcc67047f5e6d079b2482b3d33cf2ec13f878e209cf1>

³ <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/07/universitaet-potsdam-plattner-campus-praesident-guenther.html>